Aus der Geschichte des Deutschschweizerischen Sprachvereins

Autor(en): **Weber, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1979)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-421277

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Aus der Geschichte des Deutschschweizerischen Sprachvereins

Von Daniel Weber

Vorbemerkung: Dieser Aufsatz wurde zuerst als Vortrag an der Jahresversammlung vom 21. April in Schaffhausen gehalten; er erscheint hier in gekürzter Form. *Schriftleitung*

Es ist heute verpönt, eine sogenannte Ereignisgeschichte vorzutragen, weil man erkannt hat, daß dem bloßen Wissen von geschichtlichen Ereignissen kein geistiger Erkenntniswert zukommt. Ich werde mich daher hüten, meine Kenntnis all der unzähligen kleineren und größeren Geschehnisse, die in ihrer Gesamtheit die nunmehr 75jährige Geschichte des Deutschschweizerischen Sprachvereins ausmachen, vor Ihnen auszukramen. Die beiden in den Satzungen genannten Vereinsziele, der Schutz und die Pflege der deutschen Muttersprache, setzen die Feststellung einer Schutz- und Pflegebedürftigkeit des Deutschen voraus. Ursprünglich war geplant, noch einen dritten Aufgabenkreis gesondert in den Zweckparagrafen aufzunehmen: die Sprachreinigung, was dann fallengelassen wurde, ohne daß die Aufgabe als solche aufgegeben worden wäre. Dieses dritte Tätigkeitsgebiet des Sprachvereins setzt die Reinigungsbedürftigkeit der Sprache voraus. Meine Ausführungen sollen prüfen, ob diese drei Voraussetzungen, die Schutz-, Pflege- und Reinigungsbedürftigkeit der deutschen Sprache, tatsächlich gegeben waren und noch immer gegeben sind, und zeigen, wie der Deutschschweizerische Sprachverein seinen drei Zielsetzungen nachzukommen suchte.

Sprachschutz

Der Deutschschweizerische Sprachverein wurde gegründet, weil man die deutsche Sprache in der Schweiz für schutzbedürftig hielt. Das geht aus dem im Luzerner Vereinsarchiv aufbewahrten „Berichtsbuch" deutlich hervor, welches eine 1907 abgefaßte Vorgeschichte des Vereins enthält. Darin sind vier Werke erwähnt, die sich mit der Stärke des deutschsprachigen Bevölkerungsteils in der Schweiz befassen, namentlich auch mit der Stärke der deutschsprachigen Bevölkerung im Wallis und im Jura. Eines dieser Werke war von einem nachmaligen Gründungsmitglied des Sprachvereins abgefaßt, nämlich von Jakob Zimmerli. 1891 wies Zimmerli im 1. Band seiner dreiteiligen Studie über die deutsch-französische Sprachgrenze in der Schweiz

nach, daß das Deutschtum im Jura langfristig gefährdet sei, weil die dorthin strömenden Deutschschweizer regelmäßig in der zweiten Generation romanisiert seien, hauptsächlich deshalb, weil für sie deutsche Schulen fehlten. Auf der andern Seite sah Zimmerli das Französische in der Uhrenstadt Biel im Vorrücken, weil die welschen Zuwanderer dank dem Rückhalt französischer Schulen sich einer sprachlichen Assimilation durch die deutschschweizerische Umgebung entziehen konnten. Im Sprachverein glaubte man sich später berechtigt, für den Erhalt des jurassischen Deutschtums einzutreten, doch sollte dieses jurassische Sprachkampfgebiet eine tiefe Verstimmung zwischen Deutsch und Welsch auslösen, und für die deutsche Seite sollte der Sprachkampf im Jura gänzlich ergebnislos enden.

Das Berichtsbuch nennt dann einen im August 1892 in der „Neuen Zürcher Zeitung" abgedruckten Artikel, der zu melden wußte, daß sich im Wallis ein Sprachenkampf abzuzeichnen scheine. Was lag dort im argen? — Dadurch, daß die Verwaltungen der eidgenössischen Post und der Jura-Simplon-Bahn ihr Personal fast ausschließlich aus dem französischsprachigen Gebiet der Schweiz rekrutierten, schleusten sie ein welsches Bevölkerungselement ins deutschsprachige Oberwallis, und zwar ein sehr sprachbewußtes, das nicht zögerte, von der überwältigenden deutschen Mehrheit die Errichtung französischer Schulen zu fordern. Die deutschsprachigen Oberwalliser mußten sich im Verkehr mit Post und Bahn oft der französischen Sprache bedienen. Auch die Bahnhofaufschriften und Fahrpläne waren oft französisch, und zwar ausschließlich französisch.

Das Deutsche im Wallis — das machten auch die Volkszählungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich — lieferte ganz allgemein Rückzugsgefechte. Insbesondere bröckelten die im Spätmittelalter ins romanische Unterwallis vorgetriebenen deutschen Sprachinseln in Sitten, Brämis und Siders stetig ab. Anders als in der übrigen Schweiz wehrten sich die Deutschsprachigen des Oberwallis entschieden gegen das Vordringen des Französischen und gegen die Personalpolitik von Post und Bahn. Pfarrer Eduard Blocher, der von 1898 bis 1905 die Protestanten des Wallis von Sitten aus betreute, von 1905 bis 1942 die überragende Figur im Sprachverein, erlebte hier den Rückgang der deutschen Sprache aus nächster Nähe. Er führt die nur im Wallis festzustellende deutschschweizerische Entschlossenheit zur Abwehr der drohenden Verwelschung auf den konservativen Volksschlag der Oberwalliser zurück. Mitspielen mochte auch eine wehmütige Erinnerung an die Jahre vor 1840, da das politische Schwergewicht im Oberwallis gelegen hatte, welches mit der Einführung des Proporzwahlrechts ins romanische Unterwallis

hinüberwechselte. Früher als andere sprachliche Konfliktherde erregte der Sprachenstreit im Wallis öffentliches Aufsehen.
Mit der Verstaatlichung der Bahnen um die Jahrhundertwende übernahm die Eidgenossenschaft die Verantwortung für diese — wie sich später herausstellen sollte — bewußte Verwelschungspolitik der Bahnverwaltung in Lausanne. Vorher verwelschte eine private Gesellschaft, jetzt der Staat. Der Übergang der Bahnen in staatliche Hände mußte die Erfolgsaussichten für Beschwerden erhöhen, und eine solche Beschwerde reichte der Zolliker Kaufmann Jakob Brodbeck-Arbenz im Frühling 1904 an den Bundesrat ein. Die von 66 weiteren Personen unterzeichnete Schrift beanstandete im wesentlichen die bereits erwähnte Verwelschungsstrategie der Post- und Bahnverwaltung im Oberwallis und anderen Gebieten in der Nachbarschaft der Sprachgrenze. Brodbeck hatte einen großen Teil der Mitunterzeichner über eine gemeinsame Mitgliedschaft im Allgemeinen Deutschen Sprachverein kennengelernt. Weil diese Brodbecksche Beschwerde lange ohne Antwort blieb, strebte Brodbeck die Gründung eines schweizerischen Zweiges des deutschen Sprachvereins an.
Am 20. Wintermonat 1904 — also am 20. November — fand in Burgdorf die Gründungsversammlung des Deutschschweizerischen Sprachvereins statt, an der 12 Personen teilnahmen, darunter der schon genannte Jakob Zimmerli. Diesem ist es zu verdanken, daß der neue Verein nicht zu einem Zweig des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins erklärt wurde, und es kann als erwiesen gelten, daß diese rechtliche Unabhängigkeit vom reichsdeutschen Sprachverein dem Deutschschweizerischen Sprachverein viele Unannehmlichkeiten erspart hat. Der schweizerische Verein war durch den Bezug der „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins“ geistig mit seinem reichsdeutschen Bruder verbunden, und allein dies sollte ihm wiederholt zum schweren Vorwurf gemacht werden. Der in Burgdorf gegründete Verein wiederholte die Beschwerde an den Bundesrat, die dann im September 1905 beantwortet wurde. Der Bundesrat versprach, in allen zu Recht erhobenen Beschwerdepunkten für Abhilfe zu sorgen. Der sprachpolitischen Tätigkeit des Sprachvereins im Wallis war also ein Erfolg beschieden. Der Bundesrat hatte sich bei seinem Entscheid auf den ungeschriebenen Sprachgebietsgrundsatz gestellt, ebenso der Sprachverein bei seiner Beschwerde. 1930 mußte der Sprachverein, angeführt von Ernst Schürch und dem Berner „Bund“, wiederum gegen die Personalpolitik der SBB-Kreisdirektion in Lausanne vorgehen.
Die Bahnleitung pflegte auch mit dem deutschsprachigen Personal nur französisch zu verkehren, und bei Beförderungen zeigte

sich eine Neigung zur Bevorzugung welscher Kandidaten. Dem Sprachverein strömten aus Eisenbahnerkreisen neue Mitglieder zu. Die ja nur sehr langsam gestiegene Mitgliederzahl schnellte binnen Jahresfrist von 373 auf 453 hoch. In diesem Zusammenhang steht auch die erste Gründung des Basler Zweigvereins im Jahre 1930, der aber bald wieder einschlief. Auch nach seiner Wiedererweckung im Jahre 1959 und zehnjähriger Blüte konnte er infolge widriger Umstände kein rechtes Eigenleben entwickeln. Der Basler Zweig dürfte heute zu den bedrohten Zweigen des Sprachvereins zählen. Ein Zweig, der Zürcher, im 2. Weltkrieg entstanden, ist ja im vergangenen Jahr eingegangen.

Die Wacht im Wallis übernahm 1948 der Walliser Rottenbund, der über den „Sprachspiegel" mit dem Sprachverein verbunden ist. Der Walliser Sprachenkampf zeigt, daß ein bewußt gesteuertes Vordringen der französischsprachigen Bevölkerung in deutsches Sprachgebiet den vielgelobten schweizerischen Sprachenfrieden empfindlich stören kann, und lehrt, daß die Wahrung des territorialen Besitzstandes der Sprachen eine wichtige Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen in der Schweiz darstellt.

Der Deutschschweizerische Sprachverein trat im Jura in einen Sprachenkampf ein, der für die deutsche Seite mit einem völligen Mißerfolg, wenn nicht gar mit einem Rückschlag endete. Die Uhrenindustrie im Jura führte diesem Gebiet in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts einen steigenden Strom deutschschweizerischer Arbeiter zu, so daß einzelne Gemeinden über starke deutschsprachige Minderheiten verfügten, die sich aber nur dank dem anhaltenden Zustrom von Arbeitern aus der deutschen Schweiz erhalten konnten, weil sie sich sehr assimilationsbereit zeigten und keine deutschen Schulen forderten. Von den Täufern errichtete deutsche Juraschulen gingen sogar eine um die andere ein. Der Sprachverein wollte sich hier nicht wie im Wallis auf den Grundsatz vom garantierten territorialen Besitzstand der Sprachen stellen. Der zweite Jahresbericht von 1906 verwirft das Territorialprinzip ausdrücklich.

Eine Studie von Hunziker hatte aus einer Auswertung der Volkszählungen von 1880 und 1888 eine Zahl von 27 000 romanisierten Deutschschweizern errechnet. Der 1. Jahresbericht des Sprachvereins schon bedauert diese Verluste und die große Bereitschaft der deutschschweizerischen Westwanderer, sich sprachlich an die französische Umgebung anzupassen. Zimmerli hatte in seiner Studie von einer „sprachlichen Abdikation und Charakterlosigkeit" der Deutschschweizer gesprochen. Ohne diese Eigenschaft bestünden Aussichten, die Sprachgrenze an die westliche Landesgrenze zu verschieben. Vor allem Blocher spielt mit diesem Ge-

danken. Die sprachpolitische Zielsetzung des Sprachvereins im Jura bestand in der Ausnützung dieser deutschschweizerischen Westwanderung zu territorialen Gewinnen für die deutsche Sprache. Der Sprachverein machte sich hier das Individualprinzip zunutze und versuchte, gegen die Assimilationsbereitschaft der Deutschschweizer anzukämpfen. Führender Kopf im Kampf gegen die sprachliche Abdikation und Charakterlosigkeit der Deutschschweizer war Eduard Blocher, von 1905 bis 1912 Schriftführer, von 1912 bis zu seinem Tod im Jahre 1942 Obmann des Sprachvereins. Pfarrer Blocher stempelt in seinen Schriften die Treue zur Muttersprache und zum angestammten Volkstum zum Kennzeichen moralischer Integrität und verwirft alles, was einem Sprachwechsel Vorschub leisten könnte. Er bestreitet zum Beispiel den Bildungswert des Fremdsprachenunterrichts, macht gegen die Zweisprachigkeit sittliche Bedenken geltend und kämpft gegen die neuhelvetische Forderung nach einer schweizerischen Nationalkultur.

Diesem sprachpolitischen Anliegen, der Bekämpfung der Assimilationsbereitschaft und der Förderung der Anhänglichkeit an die deutsche Sprache, wird auch die Sprachpflege dienstbar gemacht. Die Sprachpflege soll dem Deutschschweizer — so steht es in den Satzungen — die „Reinheit, Eigenart und Schönheit der deutschen Sprache" vor Augen führen, damit er sich in fremdem Sprachgebiet gegen eine Assimilation sperre. Im 1. Jahresbericht von 1905 heißt es: „Als unser letztes Ziel dürfen wir somit die allmähliche Erziehung des Deutschschweizers zu ehrfurchtsvoller Anhänglichkeit an die deutsche Sprache in Schrift und Mundart bezeichnen." Durch eine Kräftigung des in der Sprache schlummernden Volksbewußtseins, wie es bis 1940 in den Satzungen heißt, soll der Empfänglichkeit des Deutschschweizers für romanisches Wesen entgegengearbeitet werden. Es zeigt sich also, daß die Sprachpflege im Deutschschweizerischen Sprachverein nicht zufällig mit der Sprachpolitik verknüpft ist, sondern, daß beide wesensmäßig zusammengehören.

Der Versuch, die deutsche Sprache in französisches Sprachgebiet vorzutreiben, wurde nach dem Schiffbruch der Sprachpolitik im Jura nicht mehr unternommen. Auch er zeigte, daß eine Verletzung des Territorialprinzips den schweizerischen Sprachenfrieden unweigerlich empfindlich stört. Vielleicht war die Erfahrung des deutsch-welschen Grabens nötig, um die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Sprachgebietsgrundsatz eine Grundfeste des schweizerischen Sprachenfriedens darstellt, an der nicht gerüttelt werden darf, wenn der Viersprachenstaat in seinem Zusammenhalt nicht geschwächt werden soll. 1938 nahm der Sprachverein einen Aufsatz von Walther Burckhardt in seine

„Jährliche Rundschau" auf, in dem sich Burckhardt deutlich zum Territorialprinzip bekennt.
Damit wurde der Sprachgebietsgrundsatz offiziell zum Leitbild der Sprachpolitik des Sprachvereins. Seither wacht er sorgsam, aber unaufdringlich für dessen Wahrung, und wenn man sich die Folgen des deutschschweizerischen Vorstoßversuchs im Jura vor Augen führt, so begreift man die tiefe Besorgnis, die der Verein bei der Anerkennung der welschen Schule in Bern durch Bund und Kanton äußerte. Es scheint daher geboten, rechtzeitig feste Richtlinien aufzustellen für die amtliche Anerkennung von gewandelten sprachlichen Zusammensetzungen von Gemeinden.
Der seit 1910 stetige, wenn auch nur geringe relative Anstieg der deutschsprachigen Schweizer Bevölkerung hat es mit sich gebracht, daß der Sprachenkampf von der Bildfläche verschwand. Der sprachpolitische Einsatz galt sehr bald fast ausschließlich der Sorge, daß die staatlichen Stellen die deutsche Sprache gebührend berücksichtigen. Im übrigen wacht man darüber, daß ungebührliche Forderungen von welscher Seite gar nicht erst erhoben werden, indem man schon kleine Begehrlichkeiten bestimmt zurückweist. In den letzten zehn Jahren ist dieses anfänglich wichtigste Tätigkeitsfeld des Vereins nahezu aufgegeben worden.
In allen Reihen der Vereinsmitglieder war die Sprachpolitik nie sehr beliebt. Sie war es, die zur Verselbständigung des ersten Zweiges des Sprachvereins geführt hatte, des 1911 entstandenen St.-Galler Zweiges, der sich 1912 teilweise und 1915 vollständig vom Mutterverein löste. Als „Gesellschaft für deutsche Sprache in St. Gallen" war diesem ehemaligen Sprößling des Sprachvereins das größte Wachstum beschieden. Auch der 1912 entstandene Berner Sprachverein zeigte sich manchmal befremdet über den betont deutschfreundlichen Kurs unter Blocher und Steiger. Mit der Beruhigung der deutsch-französischen Sprachgrenze ist auch innerhalb des Sprachvereins mittlerweile das Verständnis für das sprachschützerische Anliegen geschwunden, wohl auch deshalb, weil gelegentlich wirkliche Kleinigkeiten aufgegriffen wurden.
In den ersten vierzig Jahren des Bestehens des Sprachvereins stand die Sprachpolitik im Vordergrund, seit der Mitte der 1950er Jahre aber die Sprachpflege. Das Anliegen der Sprachpolitik verträgt sich zwar sehr gut mit der Sprachpflege, es macht sich die Sprachpflege leicht dienstbar, wie ich gezeigt habe, doch ist das Verhältnis nicht umkehrbar. Der ruhigen sprachpflegerischen Arbeit kann die Sprachpolitik sehr hinderlich sein, da man mit der Sprachpolitik naturgemäß leicht aneckt und sich Gegner

schafft. Die ersten 15 Vereinsjahre, die ganz von sprachpolitischen Unternehmungen beherrscht waren, schadeten denn auch dem zweiten Anliegen, der Sprachpflege, gewaltig.
Es bleibt nachzutragen, daß zu Beginn unseres Jahrhunderts auch Frankreich bestrebt war, das Welschland zu einer frankreichfreundlichen Haltung zu bewegen, und daß sich auch welscherseits ein sprachimperialistisches Denken regte, das nicht minder in Wunschträumen von einer Ausdehnung des französischen Sprachgebietes in der Schweiz schwelgte. Man muß sich im klaren darüber sein, daß der Sprachverein in einer Zeit entstand, da sich Deutschland und Frankreich in einem nationalistischen Hochgefühl gespannt gegenüberstanden. Man muß sich vor Augen halten, daß Ausläufer dieser nationalistischen Wogen von Deutschland und Frankreich auch auf die sprachverwandten Teile der Schweiz überschwappten.

Sprachreinigung

Ich möchte damit zur zweiten Voraussetzung der Vereinstätigkeit übergehen, der Reinigungsbedürftigkeit der deutschen Sprache. Vorerst möchte ich allerdings bemerken, daß mir der Ausdruck „Sprachreinigung", wie er im Deutschen für die Ausmerzung überflüssiger Fremdwörter gebraucht wird, nicht ganz glücklich scheint. Wegen seiner deutlichen Bildlichkeit ist er nicht wertfrei. Denn Reinheit ist im allgemeinen ein fraglos positiver Wert und daher eine Handlung, die Reinheit herbeiführt, die Reinigung, eine ebenso positive Tätigkeit. Der Ausdruck „Sprachreinigung" suggeriert also die Wiederherstellung eines reinen und idealen Urzustands der Sprache und täuscht mit dieser Bildlichkeit die Berechtigung des Vorhabens vor. Indes bietet sich kein ähnlich handliches Ersatzwort an, denn das Wort „Sprachpurismus" wurde — weil es eben ein Fremdwort ist — hauptsächlich von Gegnern und Kritikern der Sprachreinigung verwendet, so daß es einen dementsprechend mißbilligenden Unterton erhalten hat.
Allgemein stellt man fest, daß die Zahl der Fremdwörter ununterbrochen steigt. Dies ist auf die verbesserte Schulbildung, den vermehrten Fremdsprachenunterricht, den zunehmenden internationalen Verkehr und die gesteigerten internationalen Verbindungen zurückzuführen. Fremdwortreichtum ist ein Kennzeichen aller entwickelten Kultursprachen. Die deutsche Sprache aber ist nach der Überzeugung der Sprachreiniger im Sprachverein in ganz besonderem Maße reich an Fremdwörtern. In älteren Zeiten wird dies nicht so sehr auf den für Jahrhunderte nachweisbaren Rückstand der deutschen vor allem gegenüber der

französischen Kultur und auf die geografische Mittellage Deutschlands zurückgeführt, sondern auf einen besonderen Zug des deutschen Nationalcharakters. Eduard Blocher meint beispielsweise: „Zu den Grundzügen des deutschen Wesens gehört von alters her eine geradezu Staunen erregende Liebe zu allem Fremden."
Ich bin nicht sicher, ob wirklich eine solche besonders den deutschsprachigen Völkern eignende Liebe zu allem Fremden für die Vielzahl der Fremdwörter in der deutschen Sprache verantwortlich zu machen ist; fest steht jedoch die Tatsache, daß die deutschsprachigen Völker Fremdwörter weniger stark an die Laut- und Formengesetze ihrer Sprache anpassen als andere Völker, so daß die Fremdwörter auch wirklich das fremde Gewand und damit den Anstrich der Fremdheit bewahren. Erwiesen ist dies bei der Behandlung von Ortsnamen aus fremden Sprachen. Steiger meint, daß alle Kulturvölker fremdsprachige Orte mit einem Namen der eigenen Muttersprache benennen würden, nur der Deutsche zeige eine unvergleichliche Stempelgläubigkeit. August Steiger, der sich in den Reihen des Sprachvereins am eifrigsten mit der Bekämpfung der Fremdwörter beschäftigt hat, glaubt zudem an einen nochmals größeren Fremdwortreichtum der deutschen Sprache in der Schweiz.
Diesen — wirklichen oder vermeintlichen — Sachverhalt führt er nicht auf die Berührung von deutscher Sprache mit den romanischen Nachbarsprachen zurück, sondern auf einen schweizerischen Deutschenhaß. Eine etwas starke Formulierung! Dieser sei verantwortlich dafür, daß sich der Schweizer heftiger gegen reichsdeutsche Neuschöpfungen sperre als gegen Anglizismen und Romanismen. Die Begründung mag sich geändert haben, der Tatbestand ist geblieben: Neuere in Deutschland eingeführte Verdeutschungen wie „Rundfunk" oder „Fernsprechzelle" konnten nicht in den schweizerischen Schriftsprachgebrauch eindringen, und die Mundart zeigte sich noch widerspenstiger gegen solche Verdeutschungen, um nur Beispiele aus der Sportsprache zu nennen: „Tor," „Torwart," „Torlauf," „Elfmeter" sind Ausdrücke, die im Schweizer Hochdeutschen zwar gebraucht werden, nicht aber in der Mundart. Im Sprachverein herrscht also die Auffassung, daß die Zahl der Fremdwörter steige, daß die deutsche Sprache besonders fremdwortreich sei und daß sie in der Schweiz in nochmals gesteigertem Ausmaß fremde Wörter enthalte.
Wie wird nun die Gegnerschaft gegen Fremdwörter begründet? — Es werden ästhetische, pädagogisch-moralische und soziale Argumente vorgebracht.
Von diesen ist das ästhetische am wenigsten verbindlich. Steiger gibt — wie mir scheint — diese Begründungsschwierigkeiten

indirekt zu, wenn er schreibt: „Eine fremdwortfreie Sprache ist nun einmal einfach schöner als unser Kauderwelsch; wer das nicht glaubt, der ist dafür einfach farbenblind.“ Die Formulierung des Nachsatzes zeigt, daß es sich bei der Ansicht, Fremdwörter seien unschön, um ein Glaubensbekenntnis handelt. Steiger und Blocher mußten denn auch wiederholt gegenteilige Meinungen bekämpfen, vor allem jene Adolf Socins und Ernst Tappolets. Diese hielten Fremdwörter für eine angenehme Abwechslung, für eine Auflockerung des nüchternen Grautons der Muttersprache. Gegner und Anhänger der These von der Häßlichkeit der Fremdwörter können keine zwingende Begründung ihrer Ansichten liefern. Die Aufnahme von Fremdem, dessen begeisterte Begrüßung oder entschiedene Ablehnung, ist offenbar individuell verschieden. Es kann aber nicht verwundern, daß in der nationalistischen Zeit der Jahrhundertwende das Fremde als störend empfunden wurde, daß man Fremdwörter abschätzig beurteilte, etwa als „Sudelwörter“ bezeichnete. Steiger und Blocher verwiesen auf die Fremdwortarmut hoher Literaturgattungen, vor allem der Lyrik, wenn es galt, die behauptete Häßlichkeit der Femdwörter zu begründen. Dem wurde aber entgegengehalten, daß die dichterischen Gedankenkreise eben ohne Fremdwörter auskämen und sich gerade durch ihre Fremdwortarmut als Oasen der Reinheit von der Alltagssprache abheben könnten.

Die Textsortenlinguistik hat auch auf die Eigengesetzlichkeit der verschiedenen Textarten aufmerksam gemacht, und es erscheint heute daher fragwürdig, Stilmerkmale der klassischen Literatursprache ohne weiteres für andere Textsorten für verbindlich zu erklären. Ganz allgemein wird der Sprachpflege immer wieder und in neuester Zeit verstärkt vorgeworfen, daß sie ihre Entscheidungsnormen zu ausschließlich aus den Qualitätsmerkmalen der Literatursprache ableite. Gerade die Auseinandersetzung über die behauptete mangelnde Schönheit der Fremdwörter macht deutlich, daß die Sprachpflege gelegentlich in einen Beweisnotstand gerät, wenn sie die Gültigkeit ihrer Entscheidungsnormen belegen sollte, weil noch immer allzuoft ein subjektives Sprachempfinden zu einer allgemeingültig sein sollenden Norm erhoben wird. Wie das neueste Werk des jetzigen Obmanns des Sprachvereins zeigt, ist man sich in der Leitung des Sprachvereins dieses Tatbestandes durchaus bewußt.

Das Fremdwort wurde auch abgelehnt, weil man glaubte, daß Eitelkeit und Prahlsucht oft die Beweggründe seien, die zur Wahl eines Fremdwortes führen. Das letzte Argument gegen die Fremdwörter, das ich hier erwähnen möchte, ist das demokratische, soziale, gesellschaftspolitische oder wie immer es genannt wurde.

Es scheint mir das überzeugendste zu sein: der Hinweis auf die Begrenztheit der Verständlichkeit der Fremdwörter auf eine Bildungsschicht und auf Fachkreise. Steiger wird nicht müde, immer wieder den Gebrauch von unnötigen Fremdwörtern zu tadeln, weil dies eine unsoziale Demonstration der Bildung sei und weil er findet, daß es nicht anständig sei, den Leuten fortwährend Rätsel aufzugeben und sie ihre Bildungsunterlegenheit fühlen zu lassen. Hier, glaube ich, hat die Sprachreinigung, mithin auch die Sprachpflege ihren unbestreitbaren sozialen und demokratischen Wert. Indem sie es immer wieder zur Pflicht macht, eine Rede oder einen Text so zu gestalten, daß der Hörer oder Leser auch wirklich verstehen kann, was die Rede oder der Text meint. Es scheint mir, die Sprachpflege sollte vermehrt darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, eine sprachliche Aussage bewußt mit unnötigen Fremdwörtern zu spreizen, um die geringere sprachliche Ausbildung des Empfängers bloßzustellen, dieses Ausbildungsmanko den Empfänger fühlen zu lassen.

Sprachpflege

Eine Sprachpflege, die an die Pflicht gemahnt, bei jeder Sprachverwendung von den sprachlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten des Empfängers auszugehen, jede sprachliche Gestaltung auf diese abzustimmen, wird zur Kommunikationsethik, trägt ihr Scherflein bei zur Vergrößerung des Willens zum Verstandenwerden und zum Verstehen. Eine Sprachpflege, der es gelingt, die Verwendung von Sprache zur selbstgefälligen Bildungsdemonstration einzudämmen und damit die Zahl jener Sprechsituationen zu verringern, in denen der sprachlich weniger geförderte Sprechpartner seine Unterlegenheit empfindet, trägt bei zu einem Abbau jener Sprachhemmungen, unter dem die sprachlich weniger Begabten oder weniger Geförderten oft leiden und die sie oft zum Verzicht auf einen Wortbeitrag nötigen, wie das vor allem bei öffentlichen Diskussionen immer wieder beobachtet werden kann. Die Sprachpflege, welche die Sprachhemmungen der Schichten mit geringerer sprachlicher Kompetenz vermindert, die so alle Volksschichten ermutigt, ihren Beitrag zur öffentlichen Auseinandersetzung beizusteuern, trägt auch zur Verbesserung der demokratischen Meinungsbildung bei und ist von größtem Nutzen für den Staat.
Die Sprachpflege in der Schweiz verfolgt nicht hauptsächlich sozial- und staatspolitische Ziele. Der Großteil der Bemühungen orientiert sich an der grammatischen Richtigkeit der Sprachverwendung; und grammatische Richtigkeit, Konformität einer

sprachlichen Wendung mit der Sprachstruktur, gilt meist als schlechthin gültiges, letztes Kriterium, das nicht weiter hinterfragt wird. Die Auswirkungen dieser gebieterischen Forderung nach Sprachrichtigkeit auf diejenigen Teilnehmer am Sprachgeschehen, die ihr trotz größten Bemühens nicht vollständig entsprechen können, werden kaum überdacht. Für jene wird die Mitbeteiligung am Sprachprozeß zur Arena, in der sie mehr oder weniger gut bestehen können und Gefahr laufen, sich vor einer Öffentlichkeit durch sprachliche Fehler lächerlich zu machen. Eine Sprachpflege, welche die Sprachrichtigkeit zum letzten Prüfstein macht, verstärkt gerade bei diesen sprachlich weniger begabten oder weniger geförderten Personen die Hemmung, Sprache mündlich oder schriftlich zu gebrauchen, vor allem vor einem größeren Forum. Zudem fördert eine solche Sprachpflege jene Geisteshaltung, die nach sprachlichen Unkorrektheiten jagt, um aus der Zahl der Fehler auf die erkenntnismäßigen und oft sogar beruflichen Fähigkeiten ihres Urhebers zu schließen. Nach meiner Meinung sollte die Sprachpflege vermehrt ihre eigenen Normen kritisch prüfen.

Im gesamten scheint mir, hat der Sprachverein durch die Verpönung des unverständlichen Fremdwortes, das eine Verständigungsschranke mitten durch die Bevölkerung zieht und eine Bildungsschicht gegen die übrige Bevölkerung abgrenzt, sehr verdienstliche, sozial wertvolle Arbeit geleistet. Er weckte das Bewußtsein, daß Sprache der zwischenmenschlichen Verständigung und nicht der Bildungsdemonstration dienen sollte, und daß alle Sprachverwendung auf die sprachlichen Voraussetzungen des Hörers oder Lesers abgestimmt sein sollte.

Daß die Sprache also auch pflegebedürftig ist, um die dritte Voraussetzung der Vereinstätigkeit noch hervorzuheben, dürfte aus den Ausführungen erhellen, die ich im Zusammenhang mit der Sprachreinigung machte. Der absichtliche Gebrauch unverständlicher Fremdwörter zur Bildungsdemonstration zeigt, daß Sprache nicht immer aus dem ehrlichen Bemühen um zwischenmenschliche Verständigung heraus eingesetzt wird. Es ist daher eine sprachpflegerische Daueraufgabe, die Sprache zu problematisieren, das Bewußtsein zu wecken und aufrechtzuerhalten, daß Sprache nicht wertneutral ist, sondern die Welt der Erscheinungen durch einen begrifflichen Raster gefiltert uns geistig verfügbar macht, daß uns mit Worten nicht nur ein objektiver Inhalt mitgeteilt, sondern zugleich — oft unbewußt und unbemerkt — ein Werturteil mitgeliefert wird. Ob eine geschichtliche Erscheinung deutsch „Völkerwanderung“ oder französisch „invasion des barbares“ genannt wird, ist nun wirklich nicht dasselbe.

Es ist unmöglich, aufzuzeigen, welch große sprachpflegerische Arbeit der Sprachverein geleistet hat, etwa durch die 1971 in Luzern geschaffene Sprachberatungsstelle, durch den „Sprachspiegel" und andere Schriften, durch das Anleiten zu sorgfältigem und verantwortungsbewußtem Umgang mit der Sprache. Anhand eines einzigen Beispiels glaube ich zeigen zu können, daß der Sprachverein wertvolle sprachpflegerische Arbeit geleistet hat. 1966 regte Nationalrat Müller-Marzohl, der langjährige Schriftleiter des „Sprachspiegels", in der Bundesversammlung die Schaffung einer Redaktionsstelle an, welche alle wichtigeren Gesetzestexte und Botschaften sprachlich bereinigen sollte. Das Postulat Müller wurde angenommen, die Stelle mit August Humbel, dem langjährigen Sachwalter des Sprachschutzes im Sprachverein, besetzt. Seit 1978 sind vier Mann im Zentralen Sprach- und Übersetzungsdienst tätig. Die Befugnisse dieser Redaktionskommission sind durch eine Weisung des Bundesrates vom 3. Mai 1978 erweitert worden. Die Weisung macht deutlich, wie sehr inzwischen in der Bundesverwaltung das Verständnis für die Pflege der Gesetzes- und Verwaltungssprache gewachsen ist und daß die Arbeit der Redaktionskommission ihre Früchte getragen hat. Der Anfang dieser Weisung lautet: „Das gute Verhältnis zwischen Bürger und Staat hängt wesentlich auch von einer klaren, verständlichen Gesetzessprache ab; der Bundesrat hat deshalb vor rund zwei Jahren auf Wunsch der parlamentarischen Redaktionskommission eine deutschsprachige verwaltungsinterne Redaktionskommission eingesetzt. . . . (Und weiter unten:) Der Einsatz dieser Kommission hat sich bewährt; die Sprache unserer Erlasse ist spürbar besser geworden."
Der jetzige Leiter der Redaktionskommission, Werner Hauck, teilte mir mit, daß neuerdings auch die Abstimmungsbotschaften sprachlich bereinigt und verständlicher formuliert würden. Auch machte er mich darauf aufmerksam, daß regelmäßig verwaltungsinterne Redaktionskurse durchgeführt würden. Der Anstoß zu dieser für den demokratischen Staat wichtigen sprachpflegerischen Einrichtung kam vom Sprachverein. Die eigendynamische Entfaltung dieser Schöpfung des Sprachvereins scheint mir geeignet, alle Zweifel an der Wirksamkeit der sprachpflegerischen Bemühungen zu beseitigen, wie auch die Weisung des Bundesrates alle Zweifel an der Notwendigkeit der sprachpflegerischen Tätigkeit beseitigt.